

23.01.24

**Antrag  
des Freistaates Bayern**

---

**Entschließung des Bundesrates „Kürzungen des Bundes im Agrarsektor vollständig zurücknehmen und für spürbare Entlastungen sorgen“**

Der Bayerische Ministerpräsident

München, 23. Januar 2024

An die  
Präsidentin des Bundesrates  
Frau Ministerpräsidentin  
Manuela Schwesig

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

gemäß dem Beschluss der Bayerischen Staatsregierung wird die als Anlage  
beigefügte

Entschließung des Bundesrates „Kürzungen des Bundes im Agrarsektor  
vollständig zurücknehmen und für spürbare Entlastungen sorgen“

mit dem Antrag übermittelt, dass der Bundesrat diese fassen möge.

Es wird gebeten, die Vorlage gemäß § 36 Absatz 2 GO BR auf die Tagesordnung  
der 1041. Sitzung am 2. Februar 2024 zu setzen und anschließend den zuständigen  
Ausschüssen zur Beratung zuzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Markus Söder



**Entschießung des Bundesrates „Kürzungen des Bundes im Agrarsektor vollständig zurücknehmen und für spürbare Entlastungen sorgen“**

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Der Bundesrat nimmt die jüngsten Proteste, die insbesondere vom Berufstand der Landwirtschaft getragen waren, sehr ernst und unterstützt die berechtigten Forderungen nach mehr Planungssicherheit und einem Umfeld, das ein sinnvolles unternehmerisches Handeln ermöglicht.
2. Der Bundesrat stellt fest, dass nur produktive, wirtschaftlich erfolgreiche Betriebe in der Lage sind, den aktuellen Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Notwendigkeit eines verbesserten Ressourcen- und Biodiversitätsschutzes, von mehr Tierwohl und einem insgesamt nachhaltigeren Lebensmittelsystem gerecht zu werden und damit die vielfältigen Leistungen für Klima-, Natur- und Ressourcenschutz, für den Erhalt unserer Kulturlandschaft, für sauberes Wasser und für die Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen heimischen, nachhaltig produzierten Lebensmitteln und Rohstoffen erbringen können.
3. Zur Entlastung der Betriebe und zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Betrieben in anderen Mitgliedsstaaten fordert der Bundesrat die Bundesregierung deshalb nachdrücklich dazu auf, folgende Belastungen sofort zurückzunehmen:
  - a. die perspektivische Streichung der Agrardieselvergütung;
  - b. die Kürzungen der Bundesmittel in der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK);
  - c. die Verringerung des Bundeszuschusses zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung.
4. Der Bundesrat betont darüber hinaus, dass das Thema der Flexibilisierung der GAK-Mittelbewirtschaftung seit Jahren durch die Länder gemeinsam an den Bund herangetragen wird. Er sieht daher die Notwendigkeit, die Möglichkeiten für unterjährige Mittelumschichtungen nicht verausgabter GAK-Mittel zwischen den Ländern zu erweitern, und setzt sich dafür ein, dass am Jahresende nicht verausgabte Mittel übertragen werden können, ohne an anderer Stelle im Einzelplan 10 des

Bundeshaushalts Einsparungen erbringen zu müssen. Auch die Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2024 sind deutlich anzuheben, um den Mittelabruf durch die Länder in allen GAK-Bereichen zu gewährleisten.

5. Der Bundesrat fordert zudem die Bundesregierung auf, zügig und fokussiert für Entlastungen bei land- und forstwirtschaftlichen Regularien zu sorgen.